

Beschluss der BUND-Landesdelegiertenversammlung am 28.4.19 in Bad Boll
Resolution: Klimaschutz jetzt, wir haben schon zu lange gewartet.

Die letzten Jahre zeigten wieder einmal die dramatischen Folgen des Klimawandels, auch in Deutschland: Hitzewellen im Sommer, Ernteauffälle in Milliardenhöhe, großflächige langfristige Schäden in Wäldern, die Zunahme von Starkregenereignissen oder Minimalwasserstände in Flüssen. Wenn wir nicht jetzt sofort handeln, dann schaden wir nicht nur allen jetzt lebenden Menschen, sondern auch den zukünftigen Generationen.

Der BUND Baden-Württemberg fordert daher von der Landes- und Kommunalpolitik:

- Umsetzung von Sofortmaßnahmen, um die CO₂-Emissionen kurzfristig so zu reduzieren, dass die Klimaziele des Landes Baden-Württemberg für 2020 ohne weitere Verzögerungen erreicht werden können.
- Eine Politik, die sich an den Interessen der Menschen und nicht der Konzerne orientiert.
- Einen raschen und entschlossenen Ausbau der Erneuerbaren Energieformen.
- Ausrichtung der Politik an den Klimaschutzzielen von Paris (Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°, möglichst auf 1,5°C) und Festlegung von Zwischenzielen im Rahmen eines Landesklimaschutzgesetzes, die sich an der 1,5-Grad-Grenze orientieren. Dieses Gesetz muss neben diesen Zielen auch die wichtigsten Maßnahmen und klimapolitisch wirksame Instrumente bei Zielverfehlung enthalten.
- Einsatz auf europäischer und Bundesebene zur Umsetzung dieser Ziele in Form passender Gesetze zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger.
- Einen mit diesen Zielen kompatiblen, raschen und entschlossenen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land und seinen Regionen.
- Eine mit diesen Zielen kompatible Abschaltung von Kohlekraftwerken (durch Einfluss auf in Landes- oder kommunalem Eigentum befindliche Unternehmen), eine dementsprechende konsequente Agrar- und Mobilitäts- und Wärmewende und die Förderung einer Suffizienzpolitik.
- Die Landespolitik setzt sich auf Bundesebene für einen sozial gerechten Strukturwandel in vom Kohlesektor hin zu nachhaltigen Zukunftsregionen der Energiewende ein.
- Der von der Kohlekommission erzielte Kompromiss ist nicht ausreichend. Die Landesregierung muss sich deshalb für einen schnelleren Ausstieg aus Fossilienenergieträgern einsetzen.
- Ein Bekenntnis für die globale Verantwortung. Dazu gehören Ausgleichszahlungen in erheblicher Höhe, die die Anpassung an den Klimakrise auch im globalen Süden ermöglichen.

Wir fordern Bürger*innen dazu auf, den Klimaschutz und damit verbundenen Kohleausstieg nach ihren Möglichkeiten entsprechend selbst zu leben und von ihrem gewählten Vertreter*innen einzu-

fordern. Bei den Wahlen kann jede*r ein Zeichen für den Klimaschutz setzen.

Wir begrüßen zudem die Schulstreiks und Demonstrationen von Schüler*innen unter dem Slogan „Fridays for Future“ als ein Zeichen einer lebendigen Demokratie. Hier wird sichtbar, dass sich immer mehr junge Menschen bewusst werden, dass der Klimawandel ihre persönliche Zukunft betrifft und sie nicht mehr bereit dazu sind, dies hinzunehmen.

Begründung:

In den letzten Monaten gab es immer wieder Demonstrationen für einen Kohleausstieg und eine nachhaltige Klimapolitik, welche es geschafft haben, eine große Öffentlichkeit zu erreichen.

Nach wie vor richtet sich die Landespolitik jedoch zu stark nach den Interessen der Konzerne aus. So werden die erforderlichen Maßnahmen, welche notwendig sind, um die Klimaziele des Landes zu erreichen, nicht durchgeführt.

Auch in Baden-Württemberg ist Kohle ein großer Energielieferant. 29,1% des Stroms wurden im Jahr 2016 aus Steinkohle gewonnen, nur 25,3% aus erneuerbaren Energien.¹ Das Klimaschutzgesetz von Baden-Württemberg sieht als zentrales Ziel, die Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 insgesamt 25% gesenkt zu haben. Laut aktuellem Stand wird Baden-Württemberg dieses Ziel nicht erreichen können.² Sollten die Klimaziele weltweit nicht eingehalten werden, wird eine Erderwärmung um zwei oder sogar mehr Grad Millionen an Menschen die Lebensgrundlage entreißen.³

¹ www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017312; 18.10.2018

² www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20180801; 18.10.2018

³ BUND-Pressemitteilung: IPCC-Bericht: Umstellung der weltweiten Wirtschaftsweise nötig. BUND fordert wirksame Maßnahmen, um 1,5- Grad-Grenze nicht zu reißen: www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen, abgerufen am 18.10.2018